

Eva Feldmann-Wojtachnia

Europawahl 2009: Jugend, Politik und europäisches Bewusstsein

Seit nunmehr 30 Jahren wählen die Bürgerinnen und Bürger in der EU direkt ihre Abgeordneten – für die junge Generation von heute eine Selbstverständlichkeit. Dennoch beteiligen sich Erst- und Jungwähler deutlich weniger an den Wahlen zum Europäischen Parlament als die übrige Bevölkerung. Die „demokratische Schmerzgrenze“ von 50 Prozent haben die 18-25 jährigen bei den letzten EP-Wahlen mit einer Wahlbeteiligung von nur knapp über 30 Prozent bei den letzten EP Wahlen (2004) weit unterschritten. Dieses jugendliche Desinteresse war jedoch kein Einzelfall, es hat sich mit zunehmend absteigender Tendenz als feste Größe etabliert.

Welche Ursprünge hat die jugendliche Wahlverdrossenheit? Wie kann das Interesse an den politischen Institutionen der EU und ihrer Funktionsweise verbessert werden? Welche Themen interessieren Jugendliche im Hinblick auf Europa? Im bevorstehenden „Superwahljahr 2009“, in dem nicht nur die Wahl zum Europäischen Parlament und die Bundestagswahl auf der Agenda stehen, sondern auch zahlreiche Landtags- und Kommunalwahlen, lohnt es sich, die Hintergründe und konkrete Ansatzmöglichkeiten im Politikunterricht und in der politischen Bildung auszuleuchten.

Hindernisse und Chancen

Für die Rahmenbedingungen lassen sich drei maßgebliche Faktoren feststellen, die das ambivalente Verhältnis von Jugend und Politik erschweren:

1. Die Politikferne der Jugend, aber auch umgekehrt die Jugendferne der Politik

Jugend und Politik werden oft als ungleiches, sich fernes Gegensatzpaar empfunden. Denn Politik und das Leben Jugendlicher fallen heute immer mehr auseinander. Dem Kern des Problems konstruktiv zu begegnen, bedeutet Strukturen und Angebote für beide Seiten zu schaffen, um langfristig in Kontakt zu kommen. Ein plötzliches Interesse an Wahlen kann ohne eine solche Basis weder eingefordert noch ohne Weiteres herbei geführt werden. Hierzu ist ein wechselseitiger und nachhaltiger Prozess gefragt, um die Asymmetrie in der Beziehung weitgehend zu überwinden. Das bedeutet, dass „Politik“ für Jugendliche möglichst greifbar und nachvollziehbar vermittelt wird und ein persönliches Gesicht bekommt – aber ebenso, dass Politik im wahrsten Sinne des Wortes „Gesicht zeigt“. Hierzu gehört es auch, den Abläufen und Strukturen der politischen Entscheidungsfindung kritisch zu begegnen und sie in Beziehung zu den Ansichten Jugendlicher zu setzen.

2. Die geringe Relevanzzuschreibung bezüglich der Arbeit des Europäischen Parlaments und zugleich die hohe Komplexität europäischer Politik

Das eher stiefmütterliche Interesse der Parteien sowie der Medien an der EP Wahl und die Wahrnehmung in Wissenschaft und Praxis als sogenannte „second

order elections“ beginnt bei den politischen und öffentlichen Akteuren selbst, und zeigt sich nicht erst bei den Jugendlichen. Die Entscheidungen des Europäischen Parlaments werden in ihrer Tragweite als eingeschränkt und weniger bedeutsam eingestuft. Dies korrespondiert mit einem generellen Unverständnis Europäischer Politik und einer weitreichenden Unkenntnis der Europäischen Institutionen in der Bevölkerung. In einem solchem Umfeld sind also besondere Anstrengungen nötig, Jugendliche zu motivieren, sich mit zunächst kompliziert erscheinenden politischen Zusammenhängen auseinander zu setzen.

3. Die normative Besetzung von Europa ohne Reflexion der politischen Identität

Hinzu kommt ein eher diffuses, politisch unscharfes Europabild, welches in den Medien und der öffentlichen Meinung, aber auch durch die Politik selbst, transportiert wird. Es lässt sich zwar als grundsätzlich positiv gegenüber der Europäischen Union einstufen, aber in seiner Vermischung von Europa und der EU als letztlich widersprüchlich und sehr unspezifisch. Für die Bildung eines europäischen Bewusstseins ist es in jedem Fall nicht ausreichend. Hier wünschen sich Jugendliche konkrete Antworten, auf die Frage wo sich für sie im Alltag die europäische Dimension erschließt.

Bei einer tieferen Betrachtung des Verhältnisses von Jugend und Politik zeichnen sich auch vielversprechende Ansatzpunkte als substanzielle Chance ab:

=> Praxisfelder der Beteiligung Jugendlicher erschließen

Aufgrund ihrer Lebensphase sind Jugendliche in die unterschiedlichsten formalen und non-formalen Bildungskontexte eingebunden – Orte, an denen europäische Themen eine gute Chance haben, kontinuierlich eingebracht und diskutiert zu werden. Zudem sind Jugendliche durchaus engagiert und gesellschaftlich aufgeschlossen, wenn auch hauptsächlich in sozialen und kulturellen Bereichen – zumeist im vorpolitischen, nicht aber unpolitischen, Raum. Viele Faktoren haben im Laufe der Sozialisation einen Einfluss darauf, ob junge Menschen sich zu politisch, demokratisch denkenden, wohlmöglich überzeugten Europäerinnen und Europäern entwickeln. Wenn sie es jedoch gelernt haben, Planungs- und Entscheidungsprozesse im eigenen Umfeld mit zu gestalten und soziale oder gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen, ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung getan.

=> Inhaltliche Rückkoppelung an die offiziellen Politikprozesse

Politische Großereignisse an sich – so auch die kommenden EP-Wahlen - bringen immer einen gewissen Aufmerksamkeitsbonus für Wahlen und die Politik mit sich. Jugendliche wählen formell und informell: beispielsweise ihre Schülersprecher oder auch ihre Musik, Kleidung, Gruppenzugehörigkeit. Wählen bedeutet, unmittelbar Einfluss zu nehmen, eine eigene Entscheidung zu treffen und Standpunkt beziehen. Offenbar sind es diese letzten Punkte, die sich Jugendliche im Bereich der offiziellen Politik nicht zutrauen. Denn Politik stellt im Leben junger Menschen keinen Bezugspunkt dar. Wie, wenn nicht durch die politische Bildung kann hier Abhilfe geschaffen werden?

=> Politische Bildung nicht unterschätzen

Die Vorbild- und Vermittlungsfunktion von politischen Bildungsangeboten sollte keinesfalls unterschätzt werden. Jugendliche sind auf der Suche nach Orientierung und warten auf Angebote – allerdings dürfen sie nicht als Legitimationsinstrumente der Politik und auch nicht zur Kosmetik der Wahlstatistik gemeint sein. Junge Menschen merken sehr genau, ob ein authentisches Interesse an ihren Fragen besteht und wann es sich um nur um ein temporäre motivierte Wahlkampfstrategie handelt. Auch gibt es keine „Last Minute Partizipation“, die sich augenblicklich in einer hohen Wahlbeteiligung niederschlägt. Hier sind nachhaltige Konzepte der politischen Bildung gefragt, die eine kritische Reflexion ermöglichen. So müssen die Inhalte junge Menschen in ihren Lebenszusammenhängen erreichen und Möglichkeiten zur eigenen Beteiligung aufzeigen. Am Ende ist auch das Wählen eine letztlich höchst persönliche Entscheidung. Um hierzu in der Lage zu sein, müssen Jugendliche in erster Linie ihre Selbstwirksamkeit und Selbstverantwortlichkeit kennen lernen, um gesellschaftlich oder wohlmöglich politisch aktiv werden zu können.

Die entscheidende Frage im Bildungskontext lautet daher zugespitzt: Richtet sich jugendliches Interesse offenbar nicht vorrangig auf Wahlen, Parteien und die offizielle Politik, wie kann es dennoch gelingen, hier eine Brücke zu schlagen zu ihren Interessen und Formen des Engagements?

Modelle, inhaltliche Angebote und Vermittlungsmethoden: einige Leitlinien

Der zentrale Punkt liegt zweifelsohne bei der Motivationsgenerierung der Jugendlichen für politische Themen. In diesem Zusammenhang ist zunächst ein Blick auf die aktuellen Erkenntnisse der Marktforschung von Nutzen. Das, was für die Analyse jugendlichen Konsumentenverhaltens gilt, hat auch im Bildungsbereich eine übertragene Gültigkeit: jugendliche Konsumenten von heute lassen sich kaum noch von bloßen Werbeversprechen beeinflussen. Sie sind in erster Linie anspruchsvoll, neugierig und vor allem selbst aktiv. Jugendliche suchen gezielt nach Informationen, prüfen und vergleichen Erfahrungsberichte und erwarten am Ende passgenaue Lösungen.

Es schlägt hier auch zu Buche, dass im 21. Jahrhundert die klassischen Medien ihre Definitionsmacht über die Inhalte verloren haben. Stattdessen gewinnen persönliche Medien zunehmend an Bedeutung. Besonders die Einschätzung anderer Nutzer und Konsumenten genießt eine hohe Autorität auf der Suche nach Orientierung. Und dies ist im Grunde die gute Nachricht für die politische Bildung. Warum sollte also ein junger Mensch im Bezug auf seine gesellschaftliche und politische Orientierung andere Pfade einschlagen, als diejenigen, die aus der Freizeit vertraut sind? Zeitgemäße Bildungsansätze sollten es daher verstehen, sich auf diese Gegebenheiten und die neuen Medien einzustellen und sich diese Umstände konstruktiv zunutzen zu machen. Der direkte Austausch über die anstehende Wahl und interaktive Methoden sind zu befördern. Peer Learning Aktivitäten kommt in diesem Zusammenhang eine entscheidende Rolle zu. Partizipative Ansätzen und der direkte Dialog mit der Politik sind als Schlüsselemente zu erachten, ohne die Möglichkeiten der neuen Medien außer Acht zu lassen.

Vor diesem Hintergrund können bei der Praxisumsetzung in der Bildungsarbeit die nachfolgenden Leitlinien exemplarisch für Angebote zur EP-Wahl an Jugendliche hilfreich sein:

1. EP-Wahl als aktueller, thematischer Ausgangspunkt

Zwar gilt es zu bedenken, dass die empfundene „Zweitrangigkeit“ der Europawahl in Gesellschaft und Politik sicherlich kaum ein „First order“ Interesse Jugendlicher bewirken kann. Hier ist ein breiterer Vermittlungsansatz gefordert, der sich nicht nur nicht nur an Wahlen ausrichtet, sondern diese vielmehr in ein Partizipationskonzept einbettet. Dennoch macht es Sinn, das kommende Ereignis „EP-Wahlen“ thematisch als Ausgangspunkt zu setzen, um Jugendliche zu motivieren,

- eine generelle Aufmerksamkeit für den politischen Entscheidungsprozess im Europäischen Parlament zu entwickeln,
- sich mit den Aufgaben und der Funktionsweise des Europäischen Parlaments auseinander zu setzen,
- sich Sachinformationen und Grundkenntnisse über Geschichte, Motive und Ziele der Europäischen Union anzueignen sowie den Aufbau und die Funktionsweise der Institutionen angesichts aktueller Problemfelder zu diskutieren,
- Die Europäische Union verstehen zu lernen
- Identität und Werte auf der persönlichen, wie der nationalen und europäischen Ebene kritisch zu hinterfragen und in Beziehung zu setzen.

Sicherlich gehört das tiefgreifende Unverständnis der Europäischen Union und Europäischer Politik zu den Hauptgründen für die erneut befürchtete niedrige Wahlbeteiligung der Jung- und Erstwähler bei der Europawahl. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Mangelndes Interesse gekoppelt mit Unkenntnis und unspezifischer Ablehnung von Brüsseler Bürokratie, aber auch fehlende Angebote, diese Lücke konstruktiv zu schließen.

2. Politisches, europäisches Bewusstsein als Bildungsziel

Ziel ist es, das langfristige Interesse Jugendlicher über die Wahl hinaus für politische Strukturen und Entscheidungsprozesse auf europäischer Ebene zu wecken und Inhalte und konkrete Abläufe europäischer Politik kennenzulernen. Politische, europabezogene Bildung im Sinne einer nachhaltigen Stärkung von Partizipation reicht jedoch weit über eine solche Informationsfunktion in ihrem Anspruch hinaus. Ihre Aufgabe muss es sein zu hinterfragen und ein differenziertes, politisches und soziales Bewusstsein zu schaffen. Also das politische Denken (und in weiterer Konsequenz auch das Handeln) generell und in europäischer Dimension zu befördern. Mit Blick auf die anstehende Wahl kann dies beispielsweise ganz konkret bedeuten, die Kandidaten, Programme und Parteien kritisch zu hinterfragen und auf ihre „Jugendverträglichkeit“ hin zu prüfen.

3. Persönliche, kleine Bezugspunkte zur Europäischen Politik

Die Methoden und Materialien zur EU und der Europapolitik müssen nicht nur den Bezug beispielsweise der Europawahl zum Alltagsleben Jugendlicher herstellen, aber ebenso versuchen, Europa erlebbar und verständlich zu machen. Hier haben besonders kurze, niederschwellige Methoden Sinn, um solche Anknüpfungspunkte aufzuzeigen und deutlich zu machen, dass die Beschäftigung mit dem kulturellen, historischen wie auch politischen Europa nicht an Vorbedingungen oder weitreichendes Vorwissen gebunden ist. Es sind kurze zeitliche Einheiten, die auch gerade in der Schule einsetzbar sind. Sie befördern in erster Linie die eigene Meinungsbildung und helfen Jugendlichen einen eigenen Standpunkt zu entwickeln. Dank sogenannter

Kleinmethoden können Jugendliche – zum Teil auch spielerisch – an Europathemen herangeführt werden. Diese Methoden eignen sich dazu, junge Menschen

- für europäische Themen zu sensibilisieren,
- vorhandenes Wissen und Einstellungen zu bündeln und
- für eine inhaltliche Vertiefung und weitere Beschäftigung mit dem Thema zu motivieren.

Der Vorteil von Kleinmethoden besteht darin, dass bei dem Vorwissen der Jugendlichen angesetzt wird. Die Jugendlichen und ihre Interessen, nicht eine von außen gesetzte kognitive Wissensvermittlung, stehen im Mittelpunkt der Auseinandersetzung. Zudem wird das Lernen über Europa großteils mit Bewegung, Spaß und Kreativität der Teilnehmenden verbunden – beispielsweise in der Diskussion von Karikaturen, beim Europa-Quiz, der Erstellung eines Zeitstrahls wie auch von Kreuzwörtern oder der Konzeption und Durchführung einer Straßenumfrage. Kleinmethoden sind keine inhaltlichen Grenzen gesetzt, sie leben vom Eigenengagement der Teilnehmenden. Auch können sie Rahmen von Aktionstagen beispielsweise zur EP Wahl thematisch gebündelt und vertieft werden.

4. Der Komplexität der EU nicht ausweichen

Die EU Politik ist von einer hohen Komplexität gekennzeichnet, die auf den ersten Blick die Vermittlung als zu schwierig oder gar unmöglich erscheinen lässt. Angesichts ist ein multilateraler Ansatz gefragt, um die Flucht nach vorn anzutreten. Das heißt: in didaktischer Reduktion sowohl die komplexen politischen Inhalte europäischer Politik als auch die Formen demokratischer Entscheidungsfindung für Jugendliche auf einer sehr persönlichen Ebene zu vermitteln. Europapolitische Planspiele vermitteln Jugendlichen komplexe Themen und Strukturen der Europäischen Union auf eine spielerische Art und Weise. Die Teilnehmenden übernehmen vor dem Hintergrund einer fiktiven Ausgangslage – dem so genannten Szenario – für die Dauer des Planspieles Rollen von Akteuren und befinden sich dadurch mitten im politischen Geschehen. Sie simulieren den politischen Entscheidungsfindungsprozess auf europäischer Ebene – beispielsweise in den Ausschusssitzungen des Europäischen Parlaments zur Erarbeitung einer Stellungnahme gegenüber der Europäischen Kommission. Abgerundet werden kann die Simulation von politischen Entscheidungsabläufen durch Verknüpfung mit der Teilnahme von realen Politikern/innen und Experten/innen im Rahmen von Anhörung und Diskussionsrunden – was den Dialog zwischen Jugend und Politik zusätzlich befördern kann.

Fazit: europäisches Bewusstsein entsteht im Dialog

Die Wahlen zum Europäischen Parlament Anfang Juni 2009 als ein politische Großereignis mit einem Elektorat von ca. 375 Millionen wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürgern aus 27 Mitgliedsstaaten bieten zweifelsohne eine gute Chance, die Aufmerksamkeit Jugendlicher im Politikunterricht und in anderen Kontexten der politischen Bildung auf die europäische Dimension der aktuellen Politik zu lenken. Düstere Prognosen hinsichtlich der erwarteten Wahlbeteiligung zum Trotz sollten sie Anlass sein, einerseits Hintergrundwissen zu vermitteln, aber auch, den Bogen zu Mitwirkungsmöglichkeiten für die junge Generation in Gesellschaft und Politik über die Wahlen hinaus zu schlagen.

Hier dürfen auch die Erwartungen nicht überspannt werden: Europäisches Bewusstsein entsteht nicht von selbst, sondern von im Dialog – in der Auseinandersetzung

über Identität und Werte in Gesellschaft und Politik. Eine gelungene Kommunikation zu befördern und eine kritische Verständigung zu unterstützen, ist eine der zentralen Bildungsaufgaben – nicht nur in Schule und Bildungsarbeit, sondern auch für die Politik. Vor diesem Hintergrund hat die Europäische Kommission seit 2007 den sogenannten strukturierten Dialog mit der Jugend als neues Beteiligungsinstrument ins Leben gerufen. Auch der Schlussbericht der Enquete-Kommission „Jung sein in Bayern“ des Bayerischen Landtags hebt 2008 in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit hervor, Mitwirkungsmöglichkeiten für Jugendliche an europäischen Entscheidungen auf lokaler und regionaler Ebene zu stärken. Es fehlen jedoch bislang die weiteren konkreten Schritte: eine verbindliche Ausarbeitung der Umsetzungskriterien sowie die entsprechenden Modalitäten und Strukturen. Ein Grund mehr für die Jugend, die Politik hier in die Pflicht zu nehmen und Mitwirkungsrechte auch tatsächlich einzufordern.

Europäisches, politisches Bewusstsein beginnt im Kleinen, also vor Ort. Es kann von Jugendlichen, die nicht gelernt haben, verantwortungsvoll an der Gestaltung ihres Lebensumfeldes mitzuwirken, schwerlich erwartet werden, dass sie plötzlich mit Vollendung des 18. Lebensjahrs von sich aus in der Lage sind, ihre demokratischen Rechte und Pflichten wahrzunehmen. Voraussetzung hierfür sind eine pro-soziale Identität, das nötige Selbstvertrauen, ausreichende Partizipationserfahrungen im vorpolitischen Raum – in der Schule wie in Projektzusammenhängen der politischen Bildung.

Kontakt

Eva Feldmann-Wojtachnia
 Forschungsgruppe Jugend und Europa am
 Centrum für angewandte Politikforschung
 Maria-Theresia-Str. 21
 81675 München
 Internet: www.fgje.de
 E-Mail: feldmann@fgje.de

Hintergrundinformationen in Internet

Zentraler Internetauftritt des EP
www.europarl.europa.eu/elections2009

Internetauftritt des deutschen Informationsbüros des EP
www.europarl.de/export/europawahl

C·A·P-Webdossier zu den EP-Wahlen
www.europa09.eu

FGJE Schwerpunkt Jugend und Europawahl
www.cap-lmu.de/themen/europawahl/schwerpunkte/jugend.php

Kleinmethoden für die Jugendbildungsarbeit
www.cap-lmu.de/fgje/projekte-angebote/kleinmethoden.php

Weiterführende Literatur

Feldmann-Wojtachnia, Eva: Europäische Identität junger Menschen – Schlüsselfaktor Beteiligung. In: Deutscher Bundesjugendring (Hg.): Partizipation in Jugendverbänden. Schriftenreihe des Bundesjugendrings Nr. 48. Berlin 2008, S. 51-56.

Feldmann-Wojtachnia, Eva: Identität und Partizipation. Bedingungen für die politische Jugendbildung im Europa der Bürgerinnen und Bürger. München 2007, ISBN 3-933456-42-8.

Forschungsgruppe Jugend und Europa (Hsg.): Der strukturierte Dialog mit der Jugend – quo vadis? München 2008, ISBN 3-933456-43-6.

C·A·P

Centrum für angewandte
 Politikforschung
 © 2009

Maria-Theresia-Str. 21
 81675 München
 Telefon 089 · 2180 1300
 Telefax 089 · 2180 1329
 E-Mail redaktion@cap-lmu.de
www.cap-lmu.de